

LGSt-Ausgabe - 2/2023 - Wir halten Dich auf dem Laufenden.

saar.blick



**„So schnell geht uns
nicht die Luft aus“**

Umsteuern

DIE LINKE.

www.dielinkesaar.de
facebook.com/DieLINKE.Saar/
twitter.com/DIELINKESAar
instagram.com/DIELINKESAAR



Politische Aufarbeitung zum rassistischen Mord an Samual Yeboah dringend notwendig – LINKE begrüßt längst überfälligen Unters- chungsausschuss

Die Saar-LINKE begrüßt die lange von der Partei geforderte politische Aufarbeitung des rassistischen Mordes an Samuel Yeboah in Saarlouis - wenigstens mit einem Untersuchungsausschuss. Die Landesvorsitzende Barbara Spaniol dazu: „Die unsägliche jahrzehntelange Nicht-Aufarbeitung dieses Mordes ist letztlich ein tragisches Beispiel für die Ignoranz, mit der leider auch politisch reagiert wird. Das betrifft uns hier im Land bis heute und zeigt wieder einmal überdeutlich, wie sehr eine feste Kultur des Hinsehens und ein konsequenter Kampf gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit notwendig sind anstatt wegzuschauen und die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen.“

Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss sei nach Jahrzehnten längst überfällig, um die politische Verantwortlichkeit

für den tödlichen Brandanschlag in Saarlouis aufzuklären. „Es darf nicht dreißig Jahre dauern, bis rechtsextreme Gewalttaten dieser Art geahndet werden. Eine echte Gedenkstätte, ein Mahnmal, fehlt bis heute,“ so Spaniol abschließend.

„Samuel Yeboah Straße‘ -
Saarlouis sollte endlich ein
Zeichen setzen

Ergänzend die Meinung des Stadtverbandes Saarlouis zum Thema: Saarlouis sollte sichtbare Zeichen setzen! 2023 gibt es parallel zum Prozess einen parlamentarischer Untersuchungsausschuss zu dem rassistisch motivierten Mord an Samuel Yeboah. Und in Saarlouis? Seit dem damals amtierenden Oberbürgermeister Richard Nospers (SPD) bis zum aktuellen Oberbürgermeister Peter Demmer (SPD) gibt es in der Kreisstadt weder eine Infotafel oder Erinnerungsrelief am Rathaus (obwohl seit Dekaden gefordert) oder eine echte öffentliche Erinnerungsstätte.

„Roland Henz und Helmut Kohl bekamen durch SPD und CDU mittlerweile ihre Straßenbenennungen teils im Turboverfahren, eine ‚Samuel Yeboah Straße‘ sucht man aber vergeblich.

Was muss noch alles offengelegt werden, dass die Kreisstadt endlich auch zu diesem Kapitel ihrer Vergangenheit steht? Nach Dekaden des Schweigens sollten eine entsprechend gestaltete Infotafel am oder im Rathaus und eine Straßenbenennung endlich umgesetzt werden. Saarlouis sollte endlich ein klares Zeichen setzen.“

Einigung beim GEG ist Mogelpackung für Mieterinnen und Mieter

„Beim Gebäudeenergiegesetz werden die Mieterinnen und Mieter weiterhin die Hauptlast der Finanzierung tragen. Das ist unverantwortlich“, erklärt Caren Lay, Sprecherin für Mieten-, Bau- und Wohnungspolitik der Frakti-

on DIE LINKE im Bundestag, mit Blick auf die Einigung der Ampel beim Heizungsge-

setz. Lay weiter: „In einer 80-Quadratmeter-Wohnung betragen die Mehrkosten zeitlich unbegrenzt bis zu 40 Euro im Monat. Das ist für viele schlichtweg nicht zu stemmen. Die Einigung der Ampel mutet weniger schlimm an als die bisherigen Vorschläge, ist jedoch eine Mogelpackung. Denn es wird eine neue, höhere Modernisierungsumlage in Höhe von zehn Prozent eingeführt. Vermieter müssen für die neue Modernisierungsumlage Fördermittel in Anspruch nehmen, ansonsten gilt die alte Umlage in Höhe von acht Prozent. Die grundlegende Ungerechtigkeit der Moder-

nisierungsumlage bleibt unangetastet. Zwar ist eine Begrenzung der Umlage auf 50 Cent pro Quadratmeter vorgesehen, allerdings gibt es ein zentrales Schlupfloch: führt der Vermieter weitere Modernisierungsmaßnahmen durch, können die Kosten für die Mieterinnen und Mieter auf bis zu drei Euro pro Quadratmeter anwachsen. Dies ist eine Einladung an die Vermieter, weitere Modernisierungen im Rahmen des Heizungstauschs durchzuführen und mehr Kosten auf die Mieterinnen und Mieter umzulegen. Diesen droht somit eine massive Kostenfalle. Hier muss der genaue Wortlaut des Gesetzes abgewartet werden. Die angedachte Härtefallregelung ist gut gemeint, wird jedoch in der Realität nicht funktionieren, da die Mieterinnen und Mieter den Nachweis über die Kostenbelastung selbst erbringen müssen.

DIE LINKE bleibt dabei: die Modernisierungsumlage muss ersatzlos gestrichen werden. Dazu haben wir bereits einen

Antrag in den Bundestag eingebracht. Zudem ist es aberwitzig, dass für Eigentümer die vorgesehene Förderung unabhängig vom Einkommen erfolgen soll. Klar ist: kein Millionär braucht eine Förderung für den Heizungstausch. Wir fordern, dass Menschen mit kleinen Einkommen den Heizungstausch zu 95 Prozent gefördert bekommen. Diese Förderung soll bis zu einem Einkommen von 80.000 Euro linear auf 15 Prozent abnehmen. Alle Menschen mit Einkommen ab 250.000 Euro sollen keine Förderung erhalten.“

NEU IM LANDESVERBAND



Erstes Foto der neuen Geschäftsstelle
Homburg
Saarbrücker Str. 8 in Homburg
(am historischen Marktplatz)
Eröffnung in Bälde.

ONLINE-KAMPAGNE - UNSER LV MACHT MIT

Tax the DAX! Holen wir uns den Reichtum zurück!

Die Preise explodieren, Obst, Gemüse, Milch und Brot werden für viele unbezahlbar. Energiekonzerne und Supermarktketten hingegen machen unverschämte Milliarden-Profitte. Während die Inflation unsere Löhne auffrisst und Forderungen nach höheren Löhnen abgetan werden, nutzen die Konzerne die Gunst der Stunde und erhöhen die Preise. Sie begründen das auch mit überhöhten Lohnforderungen. Die Deutsche Börse meldet zudem neue Rekorde und die Gewinne treiben die Inflation an. In diesem Jahr werden DAX-Konzerne so hohe Dividenden ausschütten

wie nie zuvor: mehr als 50 Milliarden Euro! Die Bundesregierung aber will die Übergewinnsteuer wieder aussetzen, statt die Krisengewinner zur Kasse zu bitten.

Wir sagen: Tax the Dax! Besteuert die Dax-Unternehmen!

Die explodierenden Preise treffen diejenigen am stärksten, die sich ihren Alltag ohnehin schon kaum mehr leisten können. Während Millionen von Menschen unter den Auswirkungen der Krise leiden, häufen Superreiche und Großkonzerne extreme Vermögen an. In den Krisen der letzten Jahre sind die Reichen noch reicher geworden. 81 Prozent des zwischen 2020 und 2021 erwirtschafteten Vermögens gingen an das reichste Prozent der Bevölkerung und lediglich 19 Prozent an die

restlichen 99 Prozent der Menschen. Das Geld der Reichen fließt in Immobilien. Sie kaufen Häuser und Wohnungen und treiben damit auch die Mietpreise weiter in die Höhe. Mit überteuerten Mieten zahlen wir für das Luxusleben einer abgehobenen Elite. Es ist an der Zeit, dass wir uns den Reichtum zurückholen! Viele Konzerne haben in der Krise Extraprofitte gemacht. Diese müssen mit einer Übergewinnsteuer abgeschöpft werden.

Wir sagen: Tax the Rich! Besteuert die Reichen!

Aktionär*innen streichen riesige Dividenden ein und Vorstände ihre Boni. Die Gehälter der Top-Manager*innen stehen in krasssem Gegensatz zur Realität der Menschen. Dax-Manager*innen haben 2021 das 53-fache des Durchschnittslohns ihrer Mitarbeiter*innen verdient. Während sie Millionen verdienen, werden die Beschäf-

tigten mit Niedriglöhnen abgespeist. Managergehälter müssen auf das 20-fache des niedrigsten Gehalts im Unternehmen begrenzt werden!

DIE LINKE fordert:

1. Superreiche und Konzerne gerecht besteuern! Die Vermögensteuer muss wieder eingeführt werden. Wir wollen außerdem eine einmalige Abgabe auf Vermögen über zwei Millionen Euro erheben, um damit die Kosten der Krise zu bezahlen.
2. Krisengewinne abschöpfen! Die Extraprofitte der Rüstungskonzerne und Energieunternehmen müssen zum Wohl der Allgemeinheit eingesetzt werden.
3. Menschen entlasten! Die Löhne müssen steigen und so die Inflation ausgleichen.
4. Das Bürgergeld muss um 200 Euro angehoben werden. Menschen mit geringem Einkommen sollen ein monatliches Inflationsgeld bekommen: 125 Euro für jeden Haushalt plus 50 Euro für jede weitere Person im Haushalt.

www.die-linke.de/umsteuern



Tax the DAX!

Holen wir uns den
Reichtum zurück!

Umsteuern
DIE LINKE.

Der Erfolg einer „Arbeitnehmerpartei“ sollte sich in der Arbeitsmarktstatistik zeigen, SPD.

Arbeitslose werden im Berichtsmonat Juni 2023 35.349 Arbeitslose verzeichnet. Ein sattes Plus von 3.695 Menschen in Arbeitslosigkeit, davon laut der Leiterin der Regionaldirektion rund 3.700 ukrainische Flüchtlinge. Trotz dieser Erklärung bleiben immer noch 31.649 Arbeitslose. Insgesamt befanden sich im Berichtsmonat 9.831 in SGB III und 25.518 in SGB II. Denen stehen 10.909 Arbeitsstellen zur Vermittlung

gegenüber. Ein sattes Delta von 24.440 Stellen. Und bei Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit verzeichnet die Statistik 48.522 Personen, satte 4.562 mehr als im Vormonat. In der offiziellen Statistik wurden wie immer Arbeitslose in sogenannten Arbeitsgelegenheiten, in Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen und weiteren Fällen nicht berücksichtigt. Trotz Schönung klingt die Zahl dennoch erschreckend. Und die Zukunftsaussichten, die diese Statistik nicht gibt? Nun, am Ford-Standort kann man bequem seit heute -2.000 Arbeitsstellen annehmen... mindestens. Der SVolt-Standort Überherrn ist immer noch Zukunftsmusik, auch wenn ihn immer noch lobend bei SPD-Akteuren erwähnt. Personen in prekären Einkommenssituationen erfasst die Arbeitsmarkt-Statistik nicht, sonst würde alles Schönrechnen nicht mehr helfen. Dazu die fehlenden Leitinvestitionen, unklare Finanzierungsla-

gen uem. Nein, das „Zukunftsland Saarland“ hat Probleme und sehr viele offene Baustellen.ph

„Worüber jubelt man beim Thema Ford Standort Saarlouis aktuell eigentlich? Dass eine rechtlich unverbindliche Absichtserklärung unterschrieben wurde? Dass günstigstensfalls von 4.500 Arbeitsstellen 2.000 erhalten bleiben?“

Jubel und viel Lob von SPD-Akteuren für SPD-Akteure. Stets ein Grund genau hinzuschauen. Laut Ford-Chef Sander hat ein Investor hat eine Absichtserklärung unterschrieben - die rechtlich nicht

bindend ist. Nach all den Monaten und Jahren des Arbeitsplatzabbaus und der ständigen Unsicherheit für die verbliebenen 4.500 Arbeiter und deren Familien, wie und ob es weitergeht. Landrat Lauer (SPD), Saar-Wirtschaftsminister Barke (SPD) und Ministerpräsidentin Rehlinger (SPD) übertreffen sich mit Lob.

Doch von den 4.500 aktuellen Arbeitsplätzen werden maximal 2.500 Arbeitsplätze - wenn überhaupt - bestehen bleiben. Satte 2.000 direkte Arbeitsplätze weniger, die Drittfirmen werden aber - bislang mehr oder weniger unberücksichtigt - bei ihrem Personal wohl auch abbauen.

„Fazit: Eine rechtlich unverbindliche Erklärung, die mindestens 2.000 Stellen weniger bedeutet, wird als ‚Meilenstein‘ angepriesen. Wenn das ein Erfolg ist, den man feiert... wie sieht ein Misserfolg aus? Diese Frage sollte man schon stellen dürfen.“, so Marie Hanna und Andreas Neumann für den Kreisverband Saarlouis.

Linke Liste an der Universität des Saarlandes

Bei der Wahl zum 69. Studierendenparlament der Universität des Saarlandes ist die Linke Liste mit fünf Personen eingezogen.

Akgül, Hannah Deniz

Quadras, Merwy

Rau, Tim

Spaniol, Florian Andreas

Weber, Felix

„Das Studierendenparlament (kurz StuPa) ist das höchste Organ der verfassten Studierendenschaft an der Universität des Saarlandes. Es setzt sich aus 33 Abgeordneten zusammen, von denen 13 direkt gewählt werden. Ganz allgemein ist es Aufgabe der verfassten Studierendenschaft (die sich in Fachschaften gliedert) die fachlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Interessen der Studieren-

den zu vertreten, zu hochschulpolitischen Fragen Stellung zu nehmen, die politische, geistige und musische Bildung der Studierenden zu fördern und den Hochschulsport sowie überregionale und internationale Kontakte zu pflegen. Während die Fachschaft insbesondere die fachlichen Interessen der Studierenden einer Fachrichtung vertritt, obliegen dem StuPa insbesondere folgende Aufgaben:

(i) Die wichtigste Aufgabe des Parlaments ist die Wahl und Kontrolle des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA).

(ii) Neben dieser bestehen noch weitere wichtige Aufgaben zur ‚allgemeinen‘ Interessenvertretung der Studierendenschaft, wie etwa die Änderung der Satzung der Studierendenschaft oder die Wahl von Vertreterinnen und Vertretern in wichtigen Gremien der Universität.“^{UAS}

Mit diesem Wahlprogramm punktete die Linke Liste zur 69. StuPa-Wahl

Günstiger Kaffee für alle!

- Einrichtung von AStA-Cafes, die nicht profitorientiert sind und Raum bieten für studentischen Austausch.

Bessere Arbeitsbedingungen für Hilfskräfte!

- 15 Euro Mindestlohn für alle Angestellten der Universität und Menschen, die auf dem Campus arbeiten - Von den HiWis bis zu den Reinigungskräften!
- Vertragslaufzeiten neu regeln sowie eine handlungs- und entscheidungsberechtigte Personalvertretung einführen.
- Außerdem fordern wir die Unterstützung des TVStud - Einführung eines bindenden Tarifvertrags für studentisch Beschäftigte.

Studier doch wie du willst!

- Anwesenheitspflicht bei allen Veranstaltungen abschaffen, in denen Klausuren geschrieben werden!

- Fortschrittskontrollen abschaffen!
- Hybrider Vorlesungsbetrieb! Pflicht des Angebots von Online- UND Präsenz-Vorlesungen für alle.

Konsequent gegen Studiengebühren!

- Auch wenn sie sich anders nennen: Abschaffung des Verwaltungskostenbeitrags.

Semesterticket erweitern und erhalten!

- Wir fordern eine Vergünstigung des 49 - Tickets, wie bei Schüler:innen und eine Aufwertung des momentanen Semestertickets.

Konsequenter Einsatz für eine grundlegende Bafög-Reform!

- Veraltete Regelungen abschaffen, Regelstudienzeit verlängern.
- Wir wollen BAföG als Vollzuschuss mit erhöhten Fördersätzen und eingerechnetem Wohngeldzuschuss inklusive Alters-, Eltern-, und Leistungsunabhängigkeit.
- Außerdem brauchen wir dringend eine Entbürokratisierung der Verfahren.

Mensa Angebot erweitern!

- Wir fordern eine Preissenkung, Erweiterung des vegetarischen & veganen Angebots und die Verlängerung der Öffnungszeiten - für ein Angebot abends!

Linke Liste Universität des Saarlandes

- Wir setzen uns klar für den Erhalt und Sanierung der Mensa ein.

Studentische Kultur: Kulturflatrate und Freizeitflatrate erweitern!

- Freier Eintritt für Studierende in Theater, Museen, Zoos, städtischen Schwimmbäder etc. im ganzen Saarland!
- Unifeten aufrechterhalten und weiter durchführen.
- Unifilm weiter erhalten und fördern, aber auch öffnen für mehr kritische Inhalte.

Aktiv gegen Rechts, Rassismus und Antisemitismus!

- Schaffung eines neuen AStA-Referats für Antifaschismus und Antirassismus.
- Außerdem weiterhin Unterstützung und Ausweitung von feministischen und queeren Strukturen, Orgas und Bildungsangeboten.
- Gegen den Kulturkampf von Rechts!
- Einsatz für geschlechtergerechte Sprache in Universitätsdokumenten!

Studentisches Wohnen verbessern!

- Angebote der Wohnheime des Studierendenwerks

sollen erweitert werden.

- Staatlich bauen, denn private Nobel-Wohnheime wie im Meerwiesertal sind blanker Hohn!
- Wir wollen einen Mietendeckel für Wohnheime.
- Die Studierendenschaft soll eine Kampagne für sozialen Wohnungsbau initiieren und politische Initiativen unterstützen, die sich für eine soziale Wohnungspolitik einsetzen.

Unbürokratische Hilfen für armutsbetroffene Studierende!

- Einrichtung eines dauerhaften Hilfsfonds für Studierende in finanzieller Notlage.
- Nazis haben keine Ehrung durch unsere Universität verdient!
- Entzug der Ehrentitel von Altnazis und Kriegsverbrechern: Ernst Röchling, Hermann Mühlenberg und Paul Simonis die Titel entziehen.

Konsequente Klimapolitik, ökologisch UND sozial!

- Autofreier Campus nach einem massiven Ausbau des ÖPNV. Außerdem ein neues Parkkonzept für den Campus.
- Zudem eine zeitnahe und umfassende energetische Sanierung von Gebäuden.
- Mehr Mülleimer und Aschenbecher auf dem

Campus.

Der botanische Garten ist mehr als nur eine Bushaltestelle!

- Wiedereinrichtung des Botanischen Gartens!
- Naherholungsort am Campus stärker fördern, insektenfreundliche Grünflächen anlegen.

Kein Forschen für das Militär!

Einführung einer Zivilklausel! Selbstverpflichtung der Universität, ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen.

Mehr Angebote & mehr Geld für Mental Health an der Uni!

Die PPB ist für Notfälle, aber grenzenlos überlaufen. Monatelange Wartezeiten sind zu viel! Wir fordern einen Ausbau der psychologischen Beratungsstelle!

Fahrradinfrastruktur ausbauen!

An der Uni, an den Zuwegen und in ganz Saarbrücken.

Mehrsprachigen Campus verwirklichen!

- Das Sprachenzentrum soll mehr gebührenfreie Kurse anbieten!
- Dazu gehören auch Intensivkurse, ausreichend Abendprogramm und die Erweiterung des Sprachangebots.

- Bilingualität fördern!

- Jobangebote an der Universität verpflichtend auch in Englisch ausschreiben.

Transfreundlicher Campus!

Unbürokratische Namensänderung für Studierende ermöglichen!

Internationale Studierende fördern!

- Sperrkonto ausländischer Studierender abschaffen!
- Anreize für internationale Studierende schaffen, Deutsch zu lernen: Freie CP für Sprachkurse einführen.

Für eine politische Studierendenschaft, die sich einmisch!

Der Campus ist keine von der Gesellschaft abgetrennte Insel: Wir wollen einen politischen AStA, der sich in das gesellschaftliche und politische Zeitgeschehen einmischt.

Klare Kante gegen Neoliberalismus und Konservatismus!

Keine Koalitionen in der Studierendenschaft mit rechten, neoliberalen und konservativen Kräften: Mit uns gibt es keine Koalition mit LHG und RCDS!



Meinungen zur „Medienrechtsreform“

Änderung des saarländischen Medienrechts ist überfällig - Gehaltskürzungen durchsetzen und fehlende Staatsferne beseitigen!

Zu geplanten Medienrechtsänderungen betreffend den Saarländischen Rundfunk und die Landesmedienanstalt stellt die Landesvorsitzende der Saar-LINKEN, Barbara Spaniol, fest: „Diese Reform ist überfällig. Das fordern wir LINKE seit Jahren. Insbesondere begrüßen wir, dass nun endlich die Einsicht einkehrt, dass die Intendanz beim SR nicht mehr verdienen soll als ein Landesminister oder eine Landesministerin. Alles andere ist den Rundfunkgebührenezahlern spätestens seit dem RBB-Skandal nicht mehr vermittelbar.“ Auch könne von Staatsferne keine Rede sein, wenn weiterhin viele Funktionäre, Vertreter und Freunde vor allem der

großen Parteien in Verwaltungs- und Rundfunkrat entsandt werden. Zur Stärkung der Aufsichtsgremien fordert DIE LINKE daher erneut, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des SR eigene Vertreter z. B. in den Verwaltungsrat wählen können. „Eine stärkere Beteiligung der Beschäftigten ist das beste Mittel gegen Parteifilz und Vetternwirtschaft,“ so die Landesvorsitzende. Dass die Spitze der Landesmedienanstalt nunmehr vom Medienrat und nicht mehr vom Landtag gewählt werden soll, sei ebenfalls längst an der Zeit. Spaniol dazu: „Zahlreiche Staats- und Medienrechtler kritisieren seit langem die bisherige Besetzungspraxis bei der LMS. Eine Überprüfung durch den saarländischen Verfassungsgerichtshof haben SPD und CDU abgelehnt. Die Landesmedienanstalt darf aber nicht zu den Erbhöfen der Politik gehören.“ Gerade im Medienbereich dürfen parteipolitische Erwägungen

längst keine Rolle mehr spielen. „Das sorgt für enormen Verdruss mit Blick auf Politik und Medien. Wer den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die LMS stärken will und wer sie gegen Kritik von rechts verteidigen will, der darf sie nicht aushöhlen durch Parteibuchwirtschaft,“ so die Landesvorsitzende abschließend.

„Unerträgliche Klientelpolitik statt einer echten und sicherlich auch gebotenen Reform“

Das neue Mediengesetz des Saarlandes hat wohl eher keine echte Rundfunkreform als Primärziel. Zementiert werden soll die Machtstellung der SPD und mit Blick auf die Zukunft auch der CDU – man weiß ja nicht so genau, wie die nächste Landesregierung aussehen wird und große Koalitionen sind für die beiden Parteien nichts Unbekanntes. Anders lässt es sich zumindest nicht erklären, dass von den aktuell im

Landtag vertretenen Fraktionen nur die SPD und CDU im Rundfunkrat vertreten sein sollen. Dass im Gegenzug aber Wirtschaftsverbände, Lehrerverbände eigene Vertreter im Rundfunkrat verlieren, ebenso im religiösen Bereich übrigens, ist hingegen sicherlich nicht die beschworene Abbildung der gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Pluralität des Saarlandes. Die Devise lautet „Einsparen ja, aber nicht bei der SPD und CDU“. „Gerade die Politik gewinnt in dem verkleinerten Rundfunkrat mehr Einfluss als gut sein kann. Und dabei geht es nicht nur um die Intendanten-Wahl, bei der die Politik im reduzierten Rundfunkrat eine gewichtigere Stimme hat, sondern vor allem um die Staatsferne und Kontrolle. Denn nicht die Politik soll die Medien, sondern die Medien die Politik kontrollieren. Eine echte Reform würde zwar den Rundfunkrat an sich verkleinern, dabei aber die Politik aus dem Rundfunkrat raushalten.“, so die Vorsitzenden des Kreisverbandes DIE LINKE. Saarlouis.

Kliniksterben an der Saar verhindern – Soforthilfe auch vom Land notwendig

Mit Blick auf die Bund-Länder-Runde zur geplanten Krankenhausreform und das von der Saarländischen Krankenhausgesellschaft befürchtete Aus für mindestens 20 Prozent der Krankenhäuser an der Saar fordert die Landesvorsitzende der Saar-LINKEN, Barbara Spaniol, mit Nachdruck, ein weiteres Kliniksterben an der Saar zu verhindern: „Krankenhausschließungen sind im Saarland längst nicht vom Tisch. Deshalb muss neben dem Bund auch das Land seiner Verpflichtung zur Finanzierung von Krankenhausinvestitionen endlich vollständig nachkommen – Soforthilfen sind notwendig. Der Weiterbetrieb unserer Kliniken muss öffentlich abgesi-

chert werden.“ Es brauche eine Reform, die den Namen auch verdiene, mit einem echten Systemwechsel im Krankenhaus. „Die Bedarfe von Patient und Beschäftigten gehören in den Fokus und nicht der Profit. All das ist derzeit nicht der Fall“, so Spaniol. Die Unterordnung des Gesundheitswesens unter den Markt sei mittlerweile so dramatisch, dass kaum noch eine flächendeckende Versorgung aufrechterhalten werden kann. „Hier muss umgesteuert werden, sonst ist auch der saarländische Krankenhausplan nicht das Papier wert, auf dem er steht. Die Saar-Kliniken brauchen heute finanzielle Unterstützung und nicht erst nach Abschluss einer langwierigen Reform, wenn für viele Häuser die Lichter schon aus sind,“ so Spaniol abschließend.

Apotheken dürfen nicht die Lückenbüßer für eine verfehlte Sparpolitik sein – Arzneimittelversorgung sichern

Anlässlich des bundesweiten Protesttags der Apotheken erklärte die Landesvorsitzende der Saar-LINKEN, Barbara Spaniol: „Wir sind solidarisch mit den saarländischen Apotheken im Interesse der Patienten. Wenn der Personalmangel und die Lieferengpässe nicht bewältigt werden, müssen weitere Apotheken auch an der Saar vor Ort dicht machen. Dies wird auch dazu führen, dass sich die Versorgungssicherheit für viele Patienten

deutlich verschlechtert – gerade im ländlichen Raum.“

Spaniol weiter: „Die Apotheke vor Ort soll nach unserer Meinung einen niedrigschwelligen Zugang bieten und als Lotsin durch das Gesundheitssystem fungieren. Das wird wegen der Überalterung der Bevölkerung immer wichtiger. Außerdem waren und sind freiberufliche Apotheken und freiberufliche Arztpraxen an einem Standort in einem Haus immer noch die beste Vernetzung im Gesundheitswesen. Daher dürfen Apotheken nicht die Lückenbüßer für eine verfehlte Sparpolitik sein.“ Der Apothekerberuf werde auch durch zunehmende Versandstrukturen immer mehr beschädigt. Deshalb seien bessere Perspektiven für eine attraktivere Arbeit dringend notwendig, um den Nachwuchs in den Apotheken sicherzustellen. „Dazu müsste die Anzahl der Pharmaziestudiplätze in Deutschland verdoppelt werden.“

Dietmar Bonner wurde die „Freiherr-vom-Stein-Medaille“ verliehen. Dazu herzlichen Glückwunsch!

Dietmar Bonner bekam für seinen jahrzehntelangen, kommunalpolitischen Einsatz, so u.a. als Ortsverbandsvorsitzender DIE LINKE. Schwalbach, Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat Schwalbach, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. Kreistag Saarlouis, die Freiherr-vom-Stein-Medaille“ verliehen. Auch als Landesverband gratulieren wir hierzu ganz herzlich.

Zum Hintergrund: Die „Freiherr-vom-Stein-Medaille“ ist eine Auszeichnung, die das Saarland an Bürgerinnen und Bürger verleiht, die sich um die kommunale Selbstverwaltung verdient gemacht haben. Die Auszeichnung wurde am 14. Septem-

ber 1989 vom saarländischen Ministerpräsidenten gestiftet und am 16. September 2002 von der damaligen Innenministerin in einem ergänzenden Erlass konkretisiert. Nur alle zwei Jahre werden Persönlichkeiten ausgezeichnet, die sich bei der Ausübung ihrer ehrenamtlichen kommunalpolitischen Tätigkeit oder ihres Amtes besondere Verdienste um die kommunalpolitische Selbstverwaltung erworben haben. (MIBS)

KAG Frauenpolitik Saarlouis und Landesarbeitsgemeinschaft Cubavale

Der traditioneller Stand zum Muttertag fand dieses Jahr am 12. Mai in Saarlouis statt. 100 Gerbera, farblich dem Anlass angepasst, wurden verteilt und dabei viele

gute Gespräche mit den Passanten geführt.



Die Sprecherinnen (vlnr) Angela Vincente (Cubavale) und Rosi Grewenig (Kreisarbeitsgemeinschaft Frauenpolitik) bei der Zusammenstellung der Materialien.

DIE LINKE hinterfragt Deutsch-Französischen Garten

Der Deutsch-Französische Garten ist eine zentrale Freizeiteinrichtung für die Landeshauptstadt und der Umgebung. Schwer

nachvollziehbar ist allerdings, warum zwei wesentliche Attraktionen seit längerem stillstehen: die Parkeisenbahn und die Seilbahn. Beide Anlagen sind besonders für Familien mit Kindern von besonderem Interesse.

Die Saarbrücker LINKE wird gemeinsam mit der Stadtratsfraktion hier aktiv und sowohl im Parlament wie auch außerparlamentarisch dieses Thema auf die Tagesordnung setzen. Dafür gab es Ende Juni eine erste Begehung. Für den Samstag - 22. Juli - sind an den beiden zentralen Eingängen Infostände und ggf. weitere Aktionen geplant, auf denen eigens dafür angefertigte Materialien verteilt werden. Wer an diesem Samstag mitmachen möchte, meldet sich einfach oder kommt gegen 14 Uhr an den Nord- oder Südeingang.

AUS DEM LANDESVERBAND



**Landesverband nahm an den
Firmenläufen in
Homburg und Saarbrücken teil**



Saarland und Umweltschutz

Der Ausbildungsbedarf ist ja da, er wird aber nicht gedeckt, sondern durch Studienbeschränkungen torpediert“, so die Landesvorsitzende.

Darüber hinaus müsse die Untätigkeit bei Arzneimittelengpässen beendet werden. Schon vor der Corona-Pandemie habe es immer wieder Engpässe bei generischen Arzneimitteln gegeben, die fast nur noch in Indien oder in China gefertigt werden. „Darum braucht es ein Lieferengpassgesetz mit Biss und keinen zahnlosen Tiger,“ so Spaniol abschließend.

Die ganze Kompetenz der saarländische Landesregierung in zwei Sätzen: Saarländisches Klima-

gleich Null. Belastbare CO₂-Werte wurden letztes Mal 2016 erhoben. Also die Daten, die die Grundlage für das saarländische Klimaschutzgesetz und die entsprechenden politischen Maßnahmenkataloge bilden müssten.

Nun streiten sich SPD und CDU, wer es verbockt hat. Da damals Große Koalition an der Saar regierte, dürfte die Antwort wohl lauten: BEIDE. Da jetzt seit Monaten die SPD alleine regiert und immer noch nicht loslegte, außer die Beauftragung eines EXTERNEN DIENSTLEISTERS für die eigentlich grundlegende Datenerhebung für das Gesetz (Armutszeugnis par excellence): SPD.

Wieso nur zweifeln Menschen daran, dass unsere Politik den Klimaschutz, den die Ampel (SPD, Bündnis90/Grüne, FDP) auf Bundesebene so munter betreiben und im Saarland durch die SPD zur Umsetzung kommen soll, hinbekommt... Nebst den aktuell fehlenden CO₂-Daten könnte man auch anfragen, wie viele der kommunale

schutzgesetz ohne eigene Datenlage seit 2016. Neue Daten soll nun ein externer Dienstleister liefern.

Läuft ja richtig rund beim Klimaschutz. Saarlands SPD-Regierung (in persona Ulrich Commerçon) wettete kürzlich noch gegen Grüne auf Bundesebene wegen dem handwerklich katastrophalen Habeck-Gesetzentwurf, aber bei Petra Berg passen wohl Datengrundlagen aus 2016 in 2023 sowie Abschätzungen Pi x Daumen und extern angekaufte Expertisen. Grandios...

Die SPD bringt das saarländische Klimaschutzgesetz in 2023 an den Start, nachdem die Bundes-SPD in der Ampel ja seit Monaten die Richtung vorgibt: Überraschungseffekt

Gebäude eigentlich für Wärmepumpen, Solardachsysteme usw. geeignet sind und wo diese vielleicht sogar schon umgesetzt wurden. Und wo das Geld dafür herkommen soll.

Und wenn wir gerade beim Geld sind: was kostet eigentlich der externe Dienstleister, der die „aktuellen“ CO₂-Daten und -Empfehlungen liefern soll? Denn diesen externen Anbieter zahlen natürlich auch wieder die Steuerzahler... bedauerlich, dass Wirtschafts- und Umweltmysterien der SPD-Landesregierung nicht in der Lage sind diese Daten selbst zu erheben.

Saarland - in der Mitte Europas. ICE über Saarbrücken mit vielen Fragezeichen.

Anlässlich der Erklärung, dass der zukünftige ICE Berlin-Paris über Saarbrücken fahren soll, erklärt Thomas Lutze, saarländischer Bundestagsabgeordneter und verkehrspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Deutschen Bundestag: „Dass dieser ICE über Saarbrücken doch fährt ist eine gute Nachricht. Es bleiben jedoch Fragen: Werden dafür bestehende Verbin-

dung ersetzt oder fährt dieser ICE zusätzlich? Aktuell gibt es vier ICE-Verbindungen Frankfurt-Saarbrücken-Paris. Fällt eine davon weg oder wird nur bis Berlin verlängert, dann ist der Mehrwert fürs Saarland gleich Null.“

Was wird aus dem bisherigen „Berlin-ICE“?

Lutze weiter: „Und was wird aus dem bisherigen „Berlin-ICE“, der derzeit ausgesetzt ist? Bleibt er bestehen, wenn der neue ICE kommt? Der bisherige Berlin-ICE macht speziell ein Angebot für den Tagesrand. Von Berlin startet er 17 Uhr und ermöglicht so einen vollen Arbeitstag in Berlin und gleichzeitig die tagesgleiche Ankunft im Saarland. Nach Berlin fährt er bereits 6:30 Uhr ab Saarbrücken, was bedeutet, dass der Reisende noch einen halben Arbeitstag

in Berlin hat. Eine Durchbindung von und nach Paris würde bedeuten, dass sich die Abfahrzeiten um mindesten zwei Stunden verschieben. In Zahlen: 17 auf 15 Uhr in Berlin und von 6:30 auf 8:30 Uhr in Saarbrücken. Ließen man beim neuen ICE die bisherigen Zeiten, wäre er 1:30 Uhr in Paris bzw. würde 4:30 Uhr dort starten. Das wäre inakzeptabel für die französische Seite. Und der beschriebene Effekt der Tageszeitnutzung für wäre dann hinfällig, was ein Nachteil für das Saarland bedeuten würde.“

DIE LINKE fordert daher, dass der Paris-Berlin-ICE zusätzlich zum bisherigen Zugangebot eingesetzt wird und dass die Bahnstrecken Saarbrücken-Mannheim endlich als Hochgeschwindigkeitsstrecke ausgebaut wird, damit sie dauerhaft konkurrenzfähig wird.

Bahnstrecke Homburg-Zweibrücken hätte längst fertiggestellt sein können

Wenig verwundert reagiert die Homburger Kommunalpolitikerin und Landesvorsitzende der Saar-Linken, Barbara Spaniol, auf die Ankündigung der Bahn, dass die Inbetriebnahme der S-Bahn-Verlängerung mindestens zwei Jahre länger dauert und auch noch deutlich teurer wird.

„Diese Bahnstrecke könnte heute schon in Betrieb sein, hätten die saarländischen Landesregierungen der letzten Jahre nicht alles unternommen, genau dies erst zu verhindern und dann zu verzögern.“ Rheinland-Pfalz habe immer wieder

TERMINE IM LANDESVERBAND

angeboten, organisatorisch und finanziell zu unterstützen, weil das Nachbarland der Hauptprofiteur der S-Bahn-Verlängerung sei.

„Die Reaktivierung wurde allzu sehr auf die lange Bank geschoben.“ Hinzu komme, dass der Bund nach der Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes den Finanzierungsanteil erhöht hat. Spaniol dazu: „Die hohe Bundesbeteiligung wäre ebenfalls eine Chance zur beschleunigten Realisierung der Strecke gewesen.“ „DIE LINKE kämpft seit Jahren für diese Bahnstrecke. Wir respektieren auch die berechtigten Hinweise der Anlieger, die zu mehreren Veränderungen im Planungsprozess geführt haben. Diese nun aber als Vorwand zu nehmen, dass sich der Bau der Strecke verzögert und verteuert, ist nicht akzeptabel. Bürgerbeteiligung ist ein wesentlicher politischer Eckpfeiler und muss auch dann bejaht werden, wenn

dadurch der Aufwand für ein Bauprojekt größer wird,“ so Spaniol abschließend.

TERMINE IM LANDESVERBAND

13.07.2023, 19:00 Uhr bis 21:00 Uhr
KV Saarbrücken: Mitgliederversammlung
Ortsverband Völklingen/Großrosseln
VK-Wehrden, „Zum Kraftwerk“, Hosten-
bachstr. 6, ab 19 Uhr.

22.07.2023, 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr
KV Saarbrücken: Aktionsstände am DFG
Saarbrücken
Jeweils vor den Nord- und dem Südeingang.

22.07.2023, 9:00 Uhr bis 11:00 Uhr
KV Saarbrücken: Info- und Aktionsstand in

Malstatt
Saarbrücken, vor CUP-Markt, Lebacher
Str., ab 9 Uhr.

12.08.2023, 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Infostand des Landesverbandes im Rah-
men des Friedensfestes, Saarbrücken, Cora-
Eppstein-Platz, ab 14 Uhr.

14.08.2023, 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr
KV Saarbrücken: Sommerfest

09.09.2023, 14:00 Uhr bis 17:00 Uhr
KV Saarbrücken: Mitgliederversammlung
KV Saarbrücken
Versammlungsort wird noch bekannt
gegeben.

03.10.2023, 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
LAG Forum Theologie: Exkursion 'Tag der
offenen Moschee'
Saarbrücken, Goebenstr. 38, ab 13:30 Uhr.
Treffpunkt Eingangsbereich der Moschee.

Alle Jahre wieder: Stand der LINKE auf dem Nauwieser-Viertel-Fest

Letztes Wochenende im Juli, die Sommerfe-
rien laufen gerade auf Hochtouren. Das
ganze Saarland ist im Urlaub. In Südfrank-
reich, auf Malle oder am Gardasee. Das
ganze Saarland? Nein, ein kleines Stadtviertel
der Landeshauptstadt leistet Wider-
stand und verweigert sich. An drei Aben-
den und zwei Nächten wird gefeiert was
das Zeug hält. No limits, keine Gnade. Und
mitten drin: DIE LINKE. Wie jedes Jahr mit
einem klassischen Stand, auf dem Geträn-
ke feilgeboten werden. Denn es wird
gesagt, dass man bei Hitze viel trinken soll.
Wie viel ist umstritten. Aber unser Team
am Stand wird eine Lösung finden.
Versprochen. Kommt als vorbei und feiert
mit! **Freitag -28. bis Sonntag, 30 Juli 2023.**

Reallohnverlust

Mindestlohnanpassung bedeutet Reallohnverlust

„Diese Anpassung des gesetzlichen Mindestlohns im Cent-Bereich auf 12,41 Euro ist ein Schlag ins Gesicht für Millionen Beschäftigte im Niedriglohnsektor und eine herbe Missachtung der EU-Mindestlohn-Richtlinie“, kommentiert Susanne

Ferschl, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, die heute verkündete Entscheidung der Mindestlohn-Kommission zur Anpassung des Mindestlohns zum 1. Januar 2024.

Ferschl weiter: „Der Beschluss bedeutet für Millionen Beschäftigte in den kommenden zwei Jahren einen erheblichen Reallohnverlust. Weder ein Mindestschutz noch die Kaufkraft werden so abgesichert. Das zeigt allein schon ein Blick auf die noch immer hohen Preise. Jetzt wird überdeutlich, dass die Vorgaben der EU-Mindestlohnricht-

linie, nämlich 60 Prozent des mittleren Einkommens, als Untergrenze in das Mindestlohngesetz aufgenommen werden müssen, wie es DIE LINKE im Bundestag vergangene Woche gefordert hat. Gesetzliche Leitplanken sind dringend notwendig, damit der Mindestlohn nicht erneut zum Armutslohn wird. Legt man das Kriterium der EU-Richtlinie zugrunde, müsste der gesetzliche Mindestlohn bei mindestens 13,50 Euro liegen. Das ist auch das Mindeste, denn die hohen Preise treffen Menschen im Niedriglohnbereich besonders hart, deshalb braucht es deutliche Lohnsteigerungen. Die Realitätsverweigerung seitens der Vorsitzenden und der Arbeitgeberseite, die gegen die Stimmen der Gewerkschaften diese mickrige Anpassung durchgesetzt haben, provozieren eine erneute Diskussion um einen politischen Eingriff zur Erhöhung des Mindestlohnes. Der Arbeitsminister sollte ernsthaft erwägen, diesen Beschluss nicht rechtskräftig zu machen, sondern eine weitere

gesetzliche Anhebung auf mindestens 13,50 Euro in Betracht ziehen. Zudem ist es überfällig, das Mindestlohngesetz um die EU-Vorgaben zu präzisieren, um politische Eingriffe zukünftig zu vermeiden und der Mindestlohnkommission einen klaren Handlungsauftrag an die Hand zu geben.“



Unsere Landesgeschäftsstelle (LGSt) in Saarbrücken

Die Landesgeschäftsstelle ist geöffnet:
Montag und Freitag von 9 bis 13 Uhr oder
nach vorherigem Anruf: 0681 51 775.
Da wir größtenteils ehrenamtlich arbeiten,
ist eine vorherige Terminabsprache
durchaus sinnvoll.

Telefon 068151 775 oder
E-Mail info@dielinkesaar.de

Unsere Postanschrift:
DIE LINKE. Saar
Hochstr. 119, 66115 Saarbrücken



www.die-linke.de/mitmachen/linksaktiv

Du erreichst uns via E-Mail oder Telefon

Landesvorsitzende Barbara Spaniol
barbara.spaniol@dielinkesaar.de

Landesgeschäftsführer Andreas Neumann
Telefon: 0681 51 775
andreas.neumann@dielinkesaar.de

Landesschatzmeister Rainer Bierth
rainer.bierth@dielinkesaar.de

Buchhaltung
Telefon: 0681 51 746
buchhaltung@dielinkesaar.de

Die Awareness-Vertrauensgruppe des
Landesverbandes besteht aus den beiden
Ansprechpartnerinnen Ute Cordes und Rosi
Grewenig. E-Mailadresse:
vertrauensgruppe@dielinkesaar.de

Termine des Landesverbandes

12.08.2023, 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Infostand des Landesverbandes im Rah-
men des Friedensfestes, Saarbrücken, Cora-
Eppstein-Platz, ab 14 Uhr.

Spendenmöglichkeit

DIE LINKE ist die einzige im Bundestag
vertretenen Partei die keine Großspenden
von Konzernen, Banken, Versicherungen
und Lobbyisten annimmt. Mit Deiner
Spende kannst Du uns unterstützen:
IBAN DE03 5905 0101 0035 7046 00
BIC: SAKSDE55XXX.

**GESUNDHEIT
und gute Arbeit
FÜR ALLE!**

